



Neuigkeiten aus Berlin und Stuttgart

„Frauen wollen Verantwortung – die gesetzliche Quote muss kommen“

„Männer müssen Macht abgeben. Mindestens 30 Prozent aller Posten in Aufsichtsräten und Vorständen der größten deutschen Unternehmen sollen mit Frauen besetzt werden“, so Ute Kumpf. Ein erster wichtiger Schritt dorthin ist die „Berliner Erklärung“, die auch ich unterstütze. Die Frauen wollen die Durchsetzung von gleichen Rechten von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Belangen. Eine Quote, die 30 Prozent der Sitze in den Aufsichtsräten börsennotierter, und öffentlicher Unternehmen an Frauen fest schreibt, soll gesetzlich verankert werden.

Endlich sind auch die Frauen aus der CDU/CSU und FDP aufgewacht, die sich bisher gegen eine Quote ausgesprochen haben. Auch bei ihnen setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir mit freiwilligen Vereinbarungen nicht weiterkommen. Im Jahr 2001 hat sich die deutsche Wirtschaft freiwillig zur Chancengleichheit von Frauen und Männern in Unternehmen verpflichtet. Doch die Erfahrung zeigt: Freiwilligkeit führt nicht zu mehr Gleichberechtigung!

Unterstützt wird diese Forderung von einem breitem gesellschaftlichen Bündnis. Frauen und Männer aus Politik, Verbänden, Wirtschaft und Gewerkschaften, aus Wissenschaft und Forschung, aus Kultur und Medien wollen eine gerechte Gesellschaft, die Frauen und Männern die gleichen Verwirklichungs- und Teilhabechancen auch praktisch einräumt.

Nach wie vor sind Aufsichtsräte und Vorstände von Aktiengesellschaften fest in Männerhand. Der Frauenanteil in den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen lag im Jahr 2010 gerade einmal bei 3,2 Prozent. Von 906 Vorstandsmitgliedern sind gerade mal 29 weiblich. In den Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil bei 10,6 Prozent. In den letzten zehn Jahren hat sich in den Führungsetagen kaum etwas verändert.

Wir, die SPD gehen sogar noch weiter. Wir zielen auf eine verbindliche, gesetzliche Quote - 40 Prozent aller Posten in den Aufsichtsräten und Vorständen sollen mit Frauen besetzt werden. Den Antrag „Quotenregelung für Aufsichtsräte und Vorstände gesetzlich festschreiben“ hat die SPD-Fraktion bereits im Frühjahr eingebracht, der aber von der schwarz-gelben Bundesregierung abgelehnt wurde. Wir bleiben dran! Einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeiten wir gerade.

Also alles prima? Nein, denn mit diesem ersten Schritt sind wir nicht am Ziel. Schon viel zu lange ringen CDU/CSU und FDP um eine klare Position. Der Gipfel ist die Unverbindlichkeit von Ministerin Schröder zu einer sogenannten Flexiquote. Gleichstellungspolitik mit Herz und Hand sieht anders aus. Für mich ist es unerträglich, wie viel hochqualifizierte Frauen in Deutschland an die gläserne Decke stoßen. Unsere Frauen brauchen klare politische Rahmenbedingungen, die aufräumen mit diskriminierenden Zuständen. Daher ist es enttäuschend, dass Ministerin Schröder nur halbherzige Vorschläge macht. Kämpferisch scheint hingegen Arbeitsministerin von der Leyen. Doch haben wir bei ihr nur zu oft erleben müssen, dass markigen Worten keine Taten folgten. Als ehemals zuständige Ministerin hat sie sich dem Thema nicht angenommen.

Die Zeit drängt. 2013 werden viele Aufsichtsräte neu gewählt. Nur wenn eine gesetzliche Regelung im Deutschen Bundestag verabschiedet wird, können viele kompetente Frauen neu in die Aufsichtsräte einziehen. Absichtserklärungen und Willensbekundungen helfen und halfen nicht weiter. Den Worten müssen nun auch endlich Taten folgen. Die „gläserne Decke“ für Frauen in den Unternehmen muss durchbrochen werden. Das ist eine gemeinsame Aufgabe, nicht nur von Frauen.

Die Berliner Erklärung ist auf meiner Homepage www.ute-kumpf.de oder unter www.berlinererklaerung.de zu finden.

Zum Jahreswechsel

Was war das für ein Jahr 2011! Bewegte Zeiten liegen hinter uns: Arabischer Frühling, Erdbeben in Japan mit der Atomkatastrophe in Fukushima als Folge, deutscher Atomausstieg, Eurokrise, Volksentscheid zu Stuttgart 21, die Affäre um Bundespräsident Wulff. Ereignisse, die die schwarz-gelbe Bundesregierung überfordern. In der Opposition konnten wir, die SPD, uns als politische Alternative positionieren. Wir sind für die Rettung Griechenlands, für eine Regulierung der Finanzmärkte und für die Bürgerversicherung und damit ein soziales und solidarisches Gesundheitssystem. Wir haben unseren zentralen Anspruch einer verantwortlichen und gestaltungsfähigen Kraft untermauert. Die Landtagswahlen 2011 bestätigen uns darin, sind Ansporn 2013 den Wechsel im Bund zu schaffen.

In der Eurokrise ist für mich klar: Europa muss zu einer stabilitäts- und wachstumsorientierten Wirtschafts- und Fiskalunion ausgebaut werden. Der Weg aus der Eurokrise führt nur über ein Mehr an Europa und über ein Mehr an Solidarität innerhalb und zwischen den Staaten. Und über klare Regeln für den Markt. Dafür stehe ich, wohlwissend, dass ein solcher Umbau Zeit braucht. Weitere turbulente Monate sind nicht ausgeschlossen.

Ich bedanke mich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und die zahlreichen Begegnungen, ob in Stuttgart oder Berlin. Danke auch für die vielen guten Ideen und Anregungen, für manch kritisches Wort, das mir im letzten Jahr mit auf den Weg gegeben wurde.

Ich wünsche friedliche Weihnachtstage und einen guten Start ins neue Jahr, herzlichst
Ute Kumpf

Neuigkeiten aus Berlin und Stuttgart

STIMM' AB! VOLKSABSTIMMUNG S21 2011 SCHAFF' KLARHEIT!



Bild Quelle www.volksabstimmung21.de

Ute Kumpf: "S21- Votum ist ein großer Sieg für unsere Demokratie".

"Große Infrastrukturmaßnahmen können zusammen mit der Bevölkerung durchgesetzt werden" so Ute Kumpf anlässlich der Volksabstimmung zu Stuttgart 21

Baden-Württemberg hat entschieden. Die Volksabstimmung hat Klarheit gebracht, vor allem auch in Stuttgart. Als die SPD vor gut 15 Monaten die Volksabstimmung vorgeschlagen hat, schlug uns Ablehnung und Häme im Parlament und in den Medien entgegen. Die CDU, FDP und die Grünen haben den Vorschlag im Landtag Baden-Württemberg abgelehnt.

Seit dem 27. November 2011 zeigt sich, unser Vorschlag einer Volksabstimmung als Instrument der Versöhnung war richtig. Sie hat die endgültige Entscheidung über das Streitthema S 21 herbeigeführt.

Nach der Volksabstimmung ist nicht die Zeit für Triumph-Geheule. Demut ist angesagt. Für uns alle. Verantwortung wurde uns mit der Entscheidung am 27. November übertragen. Vertrauen darf nicht wieder verspielt werden. Weder vom Land, von der Bahn, der Kommune und dem Bund.

Die Volksabstimmung hat gezeigt, große Infrastrukturmaßnahmen können zusammen mit der Bevölkerung durchgesetzt werden. Direkte Demokratie ist nicht zwangsläufig eine Dagegen-Bewegung. Sie ist eine Chance, große Projekte zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu gestalten.

"Der Wutbürger ist im Licht der Abstimmung klein geworden, viel kleiner als er im Scheinwerferlicht der Medien vor einem Jahr schien", so Tissy Bruns im Tagesspiegel am 29. November 2011.

Alle in der Politik können aus der Stuttgart-Abstimmung lernen. Die CDU sollte nicht so dumm sein, sich in ein nachträgliches "Wir hatten doch Recht" einzuigeln. Auch Wirtschaftsbürger mögen keinen Polizeieinsatz gegen Schüler, schon weil diese ihre Enkel sein könnten.

Die Grünen und Linken müssen sich jeder Lust am Widerstand bis zum Untergang widersetzen. "An Wunder kann man glauben, aber bestellen kann man sie nicht", sagt Winfried Kretschmann und er hat Recht.

Wir, die SPD, mussten lernen, trotz innerparteilicher Auseinandersetzungen Kurs zu halten und sind bei unserem Ja geblieben. Und die SPD hat den Mut, Beteiligungsrechte weiter auszubauen und Demokratie zu leben.

Die Bürger, das hat sich in Stuttgart gezeigt, wollen mitreden, und sie lassen mit sich reden. Und das jetzt.

Das Ergebnis hat aufgeräumt mit der Vorstellung einer allmächtigen Bürgerwut. Es räumt auch auf mit den überzogenen Befürchtungen und Beschwörungen einer "Dagegen-Republik", in der jeder und jede nur noch an den eigenen Vorteil denkt.

Nach S 21 wird es ein anderes Verhältnis zu Großprojekten geben. Stuttgart hat gezeigt, dass die bisherigen Beteiligungsverfahren nicht ausreichen. Vor 17 Jahren wurde das Projekt nicht zur Abstimmung gestellt. Wir müssen uns hier weiterentwickeln.

Großprojekte brauchen Akzeptanz in der Bevölkerung, auch wenn es mehr Mühe für die Politik bedeutet. Die SPD wird sich diese Mühen unterziehen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen von Anfang an einbezogen werden. Bereits bei der Frage, ob ein Projekt überhaupt gebaut wird. Beteiligungsprozesse müssen ergebnisoffen sein. Transparenz muss gewährleistet sein. Eine Öffnung der Planungsverfahren. Ein neues, auf Dialog ausgerichtetes Selbstverständnis von Politikern und Verwaltungen. Schon heute gibt es ermutigende Beispiele in Bund, Ländern und Kommunen.

Grundlage ist das Vertrauen, dass mit den Bürgerinnen und Bürgern bessere Entscheidungen gefällt werden können als ohne sie. Dies setzt Zutrauen in ihren Sachverstand und ihr Verantwortungsbewusstsein voraus. Und das setzt die Bereitschaft von Politik und Verwaltung voraus, Einflussnahme und Kontrolle durch die Öffentlichkeit zuzulassen.

Bei den Bürgerinnen und Bürger sind der Blick für das Gemeinwohl, für die Interessen anderer und die Bereitschaft zum Kompromiss gefordert. Und nicht zuletzt müssen Entscheidungen, die unter breiter Beteiligung der Bevölkerung gefunden worden sind, am Ende auch von allen mitgetragen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs haben entschieden. Sie haben die Weichen auf Zukunft gestellt und Stuttgart und die Region nicht aufs Abstellgleis geschoben.

S 21 ist zum Symbol des Aufbruchs und für eine neue Form der Bürgerbeteiligung geworden. Jetzt müssen wir den Auftrag, den uns die Bürgerinnen und Bürger mit dem Volksentscheid erteilt haben umsetzen. Zügig und mit Nachdruck.

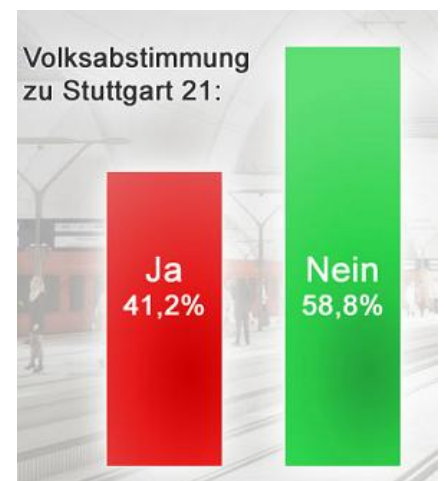


Bild Quelle Land Baden-Württemberg

Neuigkeiten aus Berlin und Stuttgart

Engagement ist ein Schlüssel für das soziale Miteinander

Ute Kumpf im Interview mit bundestag.de

Frau Kumpf, am 5. Dezember ist der Tag des Ehrenamtes. Was antworten Sie den Menschen auf die Frage, warum sie sich freiwillig engagieren sollten?

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft geht uns alle an. Solidarität ist keine Einbahnstraße und Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl. Daher: Mitmachen ist Ehrensache!

In Deutschland sind laut dem Freiwilligen-survey 2009 36 Prozent der Menschen – ebenso viele wie bei der letzten Erhebung 2004 - freiwillig engagiert. Gestiegen ist hingegen die Zahl derjenigen, die grundsätzlich zu einem Engagement bereit sind. Was muss getan werden, um diese wachsende Gruppe zu tatsächlich Engagierten zu machen?

Dieser brachliegende Schatz muss gehoben werden. Dafür braucht es mehr Anlaufstellen, wie zum Beispiel Freiwilligenagenturen, Vereine und Verbände, die sich für Engagementbereite öffnen. Freiwilliges Engagement kann sich in vielen Feldern entfalten. Die Palette reicht von Sport und Gesundheit über Kultur und Bildung bis hin zu zur Politik. Gerade Ältere haben noch viel zu bieten und wollen ihre Kompetenzen einbringen. Es gibt wunderbare Beispiele von Patenschaften zwischen Jung und Alt: Ältere engagieren sich als Bildungslotsen im Übergang von Schule und Ausbildung, als Lesepaten oder „Seniorpartner in School“, als Mediatoren, als Kulturlotsen für Ältere mit Migrationshintergrund im Pflegeheim oder als Senior Experten, die weltweit Hilfe zur Selbsthilfe für Unternehmen, Organisationen, Kommunen anbieten.

Der Freiwilligensurvey zeigt – entgegen dem allgemeinen Trend - einen Rückgang der Engagementquote bei Jugendlichen auf. Gehen uns also in Zukunft die freiwillig Engagierten aus?

Das ist ein Alarmsignal und auf die Rahmenbedingungen für die Jugendlichen zurückzuführen. Der Druck in Schule und Ausbildung ist gestiegen. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums in vielen Bundesländern und die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen sind zwei Beispiele für die zunehmende Belastung. Die Einführung der Ganztagschule wird diese Entwicklung verstärken. Oft fehlt schlicht die Zeit sich zu engagieren. Hier müssen wir gemeinsam gegensteuern.

Wie könnte das aussehen?

Es müssen Modelle entwickelt werden, wie sich Engagement auch im Bildungssystem, in der Schule und Hochschule, entfalten kann. Engagement kann gelernt werden! Die Schulen sollen sich für die örtlichen Vereine und Initiativen öffnen. Natürlich unter der Maßgabe, dass freiwilliges Engagement keine Lehrerstellen ersetzen darf. Von einer Öffnung profitieren sowohl Schule, Schülerinnen und Schüler als auch die örtlichen Vereine und Initiativen.



Bild Quelle www.freiwillige.de

Als problematisch wird auch das sogenannte Schichtenphänomen angesehen. Gerade bei Jugendlichen sind es diejenigen mit einem höheren Bildungsstatus, die sich stärker engagieren. Wie erklären Sie sich das?

Dieses Muster besteht nicht nur bei Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen. Schon in der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ haben wir festgestellt, dass Engagement finanzielle Sicherheit und Kompetenz voraussetzt. Wir müssen daher gezielt gerade auf die Menschen zugehen, die nicht über diese Ressourcen verfügen. Nur so kann es gelingen, Menschen für das Engagement zu gewinnen, die bisher keinen Zugang gefunden haben. Manchmal reicht ein Impuls, ein Zutrauen in ihre Fähigkeiten oder die Möglichkeit sich zu qualifizieren.

Ganz besonders großer Nachholbedarf besteht bei der Gruppe der Migranten, heißt es immer wieder von den Wissenschaftlern, die sich mit der Thematik beschäftigen. Wirkt das deutsche Vereinswesen, über das ja nach wie vor der Großteil des freiwilligen Engagements organisiert wird, abschreckend auf diese Gruppe?

Ich denke nicht, dass speziell die Vereinsstruktur daran Schuld ist. Migranten gründen ja selbst Vereine. Oft wissen wir auch zu wenig von diesem Engagement. In Sportvereinen gelingt Engagement von Migranten oft problemlos. Wir brauchen eine Willkommenskultur, in unserer Gesellschaft generell wie auch im bürgerschaftlichen Engagement. Denn gerade das bürgerschaftliche Engagement ist ein Schlüssel für das soziale Miteinander in der Gesellschaft. Und das Engagement von Migrantinnen und Migranten leistet einen zentralen Beitrag zur Integration.

Wie bewerten Sie die Gefahr, dass der Staat angesichts leerer Kassen das freiwillige Engagement ausnutzt, um eigene Aufgaben kostengünstig auszulagern?

Bürgerschaftliches Engagement darf nicht Ausfallbürge für wegfallende staatliche Leistungen sein. Engagierte dürfen nicht ausgenutzt werden. Das ist nicht nur ein gefährlicher Trend in Bezug auf die Verdrängung von Arbeitsplätzen, sondern würgt auch bürgerschaftliches Engagement ab, das staatliche Leistungen ergänzen und nicht kompensieren soll.

Seit 1. Juli gibt es den Bundesfreiwilligendienst (BFD). Wie ist dieses auch als Ersatz für den Zivildienst angedachte Instrument bisher angenommen worden?

Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes sehe ich zweischneidig. Das Bundesfamilienministerium bezeichnet die Einführung des BFD als großen Erfolg. Meine Erfahrungen vor Ort in meinem Wahlkreis und bei den Trägern sind aber andere. Die Einführung des neuen Dienstes fand überhastet statt. Handwerkliche Mängel bei den Gesetzen führten zu großer Verwirrung bei den Interessenten wie bei den Trägern. Deshalb haben sich diese lieber für die bekannten und etablierten Programme Freiwilliges Soziales Jahr oder Freiwilliges Ökologisches Jahr entschieden. Hinzu kommt, dass mit dem Bundesfreiwilligendienst eine Doppelstruktur geschaffen wurde. Anstatt einen vom Staat gesteuerten Freiwilligendienst einzurichten, hätte ich mir gewünscht, die bestehenden, etablierten Freiwilligendienste zu stärken. Im Unterausschuss werden wir uns im ersten Quartal 2012 die gemachten Erfahrungen bei der Einführung genauer ansehen und daraus die notwendigen Schlüsse ziehen.

Neuigkeiten aus Berlin und Stuttgart



Bild Quelle SPD-Bundestagsfraktion

94 Millionen Engagierte - sie halten Europa zusammen

Zum Kongress der SPD-Bundestagsfraktion "Engagiert in und für Europa", anlässlich des "Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit" erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion Ute Kumpf:

Die Europäische Idee wird momentan durch die Finanz- und Euro Krise diskreditiert. Europa ist aber mehr als eine Ansammlung von Banken. Europa wird nicht allein von einem milliardenschweren Rettungsschirm zusammengehalten.

Zusammengehalten wird es durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, ihr freiwilliges und selbstorganisiertes Handeln, ganz im Sinne des Leitspruchs "Einheit in Vielfalt". 94 Millionen Menschen, das sind 23 Prozent der Europäerinnen und Europäer über 15 Jahren, sind in der ein oder anderen Form freiwillig engagiert. Alleine in Deutschland sind es 23 Millionen, also mehr als jeder Vierte.

Europa ist Verständigung und Begegnung über kulturelle und sprachliche Unterschiede hinweg. Und Europa ist die Überwindung nationalstaatlicher Egoismen.

Der Rat der EU hat auf Initiative des Europaparlaments und auf Vorschlag der EU-Kommission das Jahr 2011 zum "Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit" ausgerufen. "Freiwillig. Etwas bewegen!" ist das Motto. Mit dem Jahr soll den Millionen Engagierten Aufmerksamkeit verschafft werden.

Auf unserem Kongress "Engagiert in und für Europa" haben wir gemeinsam mit mehr als 100 Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik Bilanz gezogen. Wir haben

darüber diskutiert, was Engagement in Europa überhaupt bedeutet. Die Vielfalt Europas spiegelt sich auch im unterschiedlichen Verständnis von Engagement wieder. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten, Engagierte in Europa handeln: freiwillig, unentgeltlich, aus persönlicher Motivation und streben nicht nach finanziellem Gewinn. Kurz: Freiwilligkeit heißt gelebte Solidarität!

Gesine Schwan gab uns mit auf den Weg, dass Engagement aber auch anstößig sein darf und muss, um auf Missstände hinzuweisen und demokratische Beteiligung einzufordern.

Engagierte sind Partner auf Augenhöhe. Die Politik muss das auch aufnehmen, was von der Zivilgesellschaft kommt. Auf Kommunal- und Landesebene genauso wie auf nationaler und europäischer Ebene. Wo es an Strukturen zur Engagementförderung mangelt, müssen diese ausgebaut oder neu geschaffen werden.

Das Jahr 2013 wird das "Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger". Wir fordern die Bundesregierung auf, initiativ zu werden und die Beteiligung auf europäischer Ebene auszubauen.



Bild Quelle SPD-Bundestagsfraktion

Zum Neuen Jahr

Zwischen dem Alten,
Zwischen dem Neuen
Hier uns zu freuen
Schenkt uns das Glück,
Und das Vergangne
Heißt mit Vertrauen
Vorwärts zu schauen,
Schauen zurück.

Stunden der Plage,
Leider, sie scheiden
Treue von Leiden,
Liebe von Lust;
Bessere Tage
Sammeln uns wieder,
Heitere Lieder
Stärken die Brust.

Leiden und Freuden,
Jener verschwunden,
Sind die Verbundenen
Fröhlich gedenk.
O des Geschickes
Seltsamer Wundung!
Alte Verbindung,
Neues Geschenk!

Dankt es dem regen
Wogenden Glücke,
Dankt dem Geschicke
Männiglich Gut!
Freut euch des Wechsels
Heiterer Triebe,
Offener Liebe,
Heimlicher Glut!

Andere schauen
Deckende Falten
Über dem Alten
Traurig und scheu;
Aber uns leuchtet
Freundliche Treue;
Sehet, das Neue
Findet uns neu.

So wie im Tanze
Bald sich verschwindet,
Wieder sich findet
Liebendes Paar;
So durch des Lebens
Wirrende Beugung
Führe die Neigung
Uns in das Jahr.

Johann Wolfgang von Goethe